

## Nicht nur eine Bedrohung für Banken

Egal, ob mobile Lösungen (zum Beispiel Apple oder Samsung Pay), Wearables, Zahlungsaufisierung via Fingerabdruck oder Online-Bezahldienste, die Bankkontoinformationen nutzen, ohne dass der Kunde sich in die Online-Banking-Umgebung seiner Bank einloggen muss – der Bereich der Finanztechnologien hat sich in den letzten Jahren rasant und drastisch weiterentwickelt. Gerade Anbieter neuer Technologien, die im letztgenannten Bereich tätig sind, sogenannte „Payment Initiation Service Providers“ (PISPs), konnten sich innerhalb etlicher europäischer Absatzmärkte Nischenplätze schaffen.

Nun reagiert die Europäische Kommission mit der Verabschiedung der PSD2, um diese Freiräume in Zukunft unter regulatorischer Kontrolle zu halten. Denn mit der PSD2 wird der regulatorische Geltungsbereich auch auf Finanztechnologieunternehmen ausgeweitet, die nicht an Zahlungsmittelbewegungen beteiligt sind. Für die Payment-Regulierung werden damit neue Weichen gestellt.

### Erstmals Regulierung für Payment Initiation Service Providers

Die in der Hauptsache betroffenen Unternehmen – PISPs – sind größtenteils Fintechs, die in Absatzmärkte expandiert haben, in denen herkömmliche elektronische Bezahllösungen wie Kreditkarte kaum verbreitet sind. Dort bieten sie neuentwickelte Online-Bezahlverfahren, bei denen Kunden auf sichere Weise ihre Bank-Zugangsdaten zur Verfügung stellen, um Zahlungen von ihrem Bankkonto ausführen zu können. PISPs stellen hiermit eine kostengünstige Zahlungsmethode zur Verfügung, die für Online-Händler zugleich

sicher und vor Rücküberweisungen geschützt ist.

Die Krux: Bislang wurden die meisten dieser Vorgänge abseits einer direkten Regulierung abgewickelt. Nun aber werden PISPs wie andere Finanzdienstleister auch unter den Schirm der PSD2 und damit der Finanzregulierung gestellt.

Doch was genau bedeutet dies nun für Fintechs? Unternehmen, die von der PSD bislang noch nicht erfasst wurden, müssen sich jetzt auf einen von der jeweiligen innerstaatlichen Finanzregulierungsbehörde gesteuerten Antrags- und Autorisierungsprozess vorbereiten. Dies wird unerlässlich sein, um eine Zulassung als Zahlungsinstitut zu erhalten und weiterhin Dienstleistungen anbieten zu dürfen. Der notwendige Antrag muss einen Geschäftsplan, ein Unternehmenskonzept, Angaben zur Compliance und zu internen Kontrollen sowie Sicherheitsrichtlinien beinhalten. Zudem werden diese Unternehmen eine professionelle Haftpflichtversicherung vorweisen müssen. Kundengelder werden sie dennoch nicht halten dürfen.

Gut eineinhalb Jahre, nämlich bis zum 13. Januar 2018, haben die europäischen Regulierungsbehörden Zeit, um die PSD2 innerstaatlich umzusetzen. Das mag einem bereits existierenden Fintech-Unternehmen als lange Zeit erscheinen, aber dennoch werden genaue Planung und effiziente Vorbereitung grundlegend sein, um die Überführung in den regulierten Bereich lückenlos zu überstehen.

Doch trotz des Mehraufwands, der notwendig werden wird für die Einhaltung von Richtlinien im regulierten Umfeld, erschließt die behördliche Regulierung Innovatoren viele Chancen: nicht zuletzt

Stärkung des Markennamens innerhalb der Branche und wachsende Marktakzeptanz. Der sicherlich größte Vorteil jedoch liegt darin, dass diese Fintechs innerhalb eines rechtlich klar abgesteckten Rahmens tätig werden können.

### Anpassungsbedarf in Banken-AGBs

Auch für Banken wird das Inkrafttreten der PSD2 weitreichende Folgen haben.

- Sie dürfen in ihren Kunden-AGB nämlich nicht länger ein Verbot zur Weitergabe der Online-Banking-Zugangsdaten zur Zahlungsaufisierung aussprechen.
- Ebenso wenig wird es ihnen laut PSD2 erlaubt sein, PISPs vom Zugang auf Konten auszuschließen, abgesehen von „sachlich gerechtfertigten“ Gründen im Sinne betrügerischer oder unautorisierter Zugriffe, eine Regelung, die aktuell bereits existiert.

Sicherlich werden viele Banken den erweiterten Umfang der Neuregulierung als Bedrohung ihrer etablierten Marktposition empfinden. Jedoch sollten auch sie die PSD2 viel eher als Chance betrachten, Synergien zu entwickeln zwischen Fintechs und dem traditionellen Bankwesen, um gemeinsam an der Weiterentwicklung der Finanzbranche zu arbeiten. Denn Fintechs sind in der Regel kleine, flexible Unternehmen, die schnell reagieren und handeln können, um Vorteile aus sich bietenden Möglichkeiten zu ziehen – Banken tun also gut daran, aktiv nach möglichen Kooperationen mit ihnen zu suchen, um neue Marktchancen auch für sich selbst nutzen zu können.

**John Fernandez, Senior Legal & Regulatory Counsel, PPRO Group, München**